

Ulrich Albrecht

Krieg um Wasser?

Daß es scharfe politische Auseinandersetzungen, ja Krieg um Wasser geben könne, wird allgemein als absurd erscheinen. Wasser sei nun die Ressource (dürfte das Gegenargument lauten), die sich nicht verbrauchen lasse, die im ständigen und geschlossenen Kreislauf von Verdunstung, Niederschlag und Abfluß verbleibe. Die Menge von 1.384 Milliarden Kubikkilometer Wasser, die es auf dem Globus gibt, sei nicht zu vermindern - und für jedermanns Bedarf bei weitem ausreichend (Hofbauer 1995, 11; vgl. auch Schiffler 1995, 13). Die nunmehr zu Recht die Aufmerksamkeit der Politischen Ökonomie beanspruchenden Gesamtbilanzen würden eben diese Aussage bestätigen.

Ähnlich hörten Studenten in wirtschaftswissenschaftlichen Vorlesungen lange, daß Wasser (und Luft) »freie Güter« seien, kostenlos jedermann zugänglich (allenfalls für ihre Reinigung und ihre Verbringung fielen Kosten an). Ziel des Beitrages ist es, zu zeigen, daß diese Annahmen - in sozialwissenschaftlicher, besonders konfliktforscherischer Sicht - restlos überholt sind, und darzulegen, daß es künftig Ressourcenkonflikte, selbst Kriege um Wasser geben könnte. Es gibt allerdings politische Alternativen zum Wasserkrieg, die zum Schluß skizziert werden.

Das Thema Konflikt um Wasserressourcen ist sozialwissenschaftlich neu. Wichtige Fachzeitschriften wie etwa das im folgenden genutzte Journal »Water Quality International« gibt es in Berlin in keiner Bibliothek (lediglich beim Umweltbundesamt, aber hier nicht allgemein zugänglich). Schon deswegen ist der Anmerkungsapparat knapp gehalten. Eine Anzahl der angeführten Quellen ist einem kritischen Leser, der etwa Zitate überprüfen wollte oder weiterlesen möchte, in Deutschland schlicht nicht zugänglich. Andererseits boomt die einschlägige Literatur. Die Bibliographie von Stephan Libiszewski für seinen Beitrag über den Nahost-Wasserkonflikt, der hier thematisiert werden soll, umfaßt volle zehn Seiten (Libiszewski 1995, 96-106). Viele der angeführten Quellen dort und anderswo sind aber als »graue« Literatur, als Forschungsberichte mit begrenzten Auflagen einzustufen - oder bei den Zeitschriften wie etwa den Ökojournalen dem sozialwissenschaftlichen Diskurs (und den Bibliotheken) großenteils bisher fremd. All das sind dem Analytiker vertraute Um-

stände: neue Fragestellungen und diese begleitende Medien müssen sich erst durchsetzen.

Alarmistischer Einwand: Ökologisch erfolgt sogleich eine Gegenrede. Sie thematisiert die Nutzbarkeit der globalen Wasservorräte: Von den Wassermengen der Erde sind 97% Salzwasser in den Weltmeeren, und von den verbleibenden drei Prozent Süßwasser sind wiederum gut 80% gewissermaßen nicht im Umlauf (da im Polareis und in Gletschern gebunden). Wasser als Süßwasser sei mithin wirklich eine knappe Ressource, und die Technologie der Aufbereitung von Meerwasser sei kostspielig (soll heißen sie rechnet sich nicht, vgl. dazu besonders Schiffler 1995, 17) und energetisch bedenklich.

Vor allem: Die Verteilung von Süßwasser auf dem Globus folgt mitnichten der Verteilung der Verbraucher. In den dünnbesiedelten Randzonen Europas (etwa Skandinavien) ist die Wasserversorgung kein Problem, wohl aber in dichtbesiedelten und von künstlicher Bewässerung abhängigen Regionen der Dritten Welt, wie etwa in der »drainage area« des Jordan im Nahen Osten.

Noch ungleicher als die regionale Verteilung von Wasser selbst sind die technischen Möglichkeiten verteilt, vorhandenes Wasser zu nutzen. Das Ressourcenproblem Wasser stellt sich somit in sozialwissenschaftlich bekannter Manier: welche Teile davon sind nutzbar, von wem, und welche Verteilungsprobleme ergeben sich?

Grundsätzlich läßt sich die globale Wasserproblematik auf drei fundamentale Probleme reduzieren: Wasserknappheit, Wasserverschmutzung und die globale Erwärmung. In diesem Beitrag wird lediglich die erstgenannte Fragestellung untersucht: internationale Probleme des Wassermanagements und deren möglicherweise konflikthafte, eventuell gewaltsame Austragung. Auch sollen Optionen der Kriegführung zur Zerschlagung der Wasserversorgung des Gegners oder zum Einsatz von Wassermassen als Destruktivkraft hier nicht weiter erörtert werden.¹

Die Konfliktentfaltung und ihre Regulierung bei Konflikten um Flußwasser hängt besonders von dem Tatbestand ab, ob eine »drainage area«, das Einzugsgebiet eines großen Stromes, rein innerhalb von Landesgrenzen zu liegen kommt (wie bei den großen Strömen in China), oder ob eine solche »drainage area« Territorien mehrerer Staaten umfaßt. Im erstgenannten Fall erfolgt die Regulierung des Verteilungsstreites mit nationalen Mitteln. Es kann sogar erhebliche Konflikte geben, diese eskalieren im Regelfall

1 So plante Israel im Golfkrieg Luftangriffe auf den Saddam-Damm nördlich von Mossul, mit denen eine zunächst 47 m hohe Flutwelle erzeugt werden sollte, falls der Irak Israel mit Chemiewaffen in seinen Scud-Raketen angegriffen hätte; zur Ökologieführung vgl. Albrecht (1983).

aber nicht in den Austrag von Gewalt. Ausnahmen bleiben zugestanden, etwa derzeit in Indien beim Kampf um größere Irrigationsprojekte wie Staudämme, die mit umfassenden Umsiedlungsvorgängen verbunden sind, und gegen die einige Gruppen militant ankämpfen.

Im zweiten Fall (ein Strom durchläuft verschiedene Hoheitsgebiete oder bildet die Grenze zwischen ihnen) besteht bei Verteilungskonflikten um Wasser eine hohe Eskalationsgefahr. Diese setzt jedoch nicht automatisch ein. Es treten genuin politische Tatbestände als intervenierende Variable hinzu. In Ländern mit gleichartigen politischen Strukturen und lang fortwährenden politischen Kulturen (Beispiel: die Paraná-Anlieger in Südamerika, Brasilien, Paraguay, Argentinien. Weitere Beispiele: die »drainage areas« des Amazonas und des Orinoko) zeigen Wasserkonflikte ein geringes Eskalationspotential. Ferner sind in Regionen, die sich unterhalb der Schwelle der strategisch angelegten Intensivnutzung von Wasserreserven reproduzieren (Beispiel: Indochina mit dem Mekong), kaum eskalationsfähige Konflikte zu verzeichnen. Es müssen, so die Schlussfolgerung, mithin neben natürlichen Vorgaben wie ungleiche Verteilungen von Wasser essentiell politische Faktoren treten, um Verteilungskonflikte zu brisanten Themen der internationalen Politik zu machen.

Die folgende Untersuchung steht somit womöglich exemplarisch für die im sozialwissenschaftlichen Diskurs weiterhin neuartige Thematisierung der Interaktion zwischen ökologischen und politischen Faktoren, um reale Prozesse angemessen zu analysieren. Außer in bezug auf die Schifffahrt haben sich bislang keine allgemein anerkannten völkerrechtlichen Regeln über, um beim Beispiel zu bleiben, die Nutzung internationaler Flüsse eingestellt. Zweck der folgenden Ausführungen ist es nicht, hier Ersatzvornahmen vorzuschlagen - es geht vorrangig um eine von Positionen der Konfliktforschung her angeleitete Aufarbeitung eines neuartigen Problems.

Nicht konfliktfähige Probleme der Wasserversorgung

Ein Drittel der Weltbevölkerung verfügt heute nicht einmal über täglich einen Liter sauberes Süßwasser. Erhebungen der UN-Weltgesundheitsorganisation WHO zufolge ist verunreinigtes Wasser die Ursache von vier Fünfteln aller Krankheiten auf der Welt. Mindestens 900 Millionen Menschen leiden an Krankheiten, die durch Mangel an hinreichend sauberem Trinkwasser verursacht werden. Jedes Jahr sterben an Austrocknung und Durchfall 24 Millionen Menschen.

Diese kritikwürdigen Tatbestände führen jedoch nicht zu Konflikten. Die Leidenden und Sterbenden in der Dritten Welt vertreten »nicht organisierbare« Interessen, und sei es auch nur das Grundinteresse, heil zu überle-

ben. Wo es keine organisierbaren Interessen gibt, gibt es auch keine manifesten Konflikte oder gar Kriege. Andererseits bleibt es allein Resultat der vorfindlichen Organisationsweise von Gesellschaft und Wirtschaft, daß Menschen auf einem Planeten, dessen Oberfläche zu 71% von Wasser bedeckt ist, in großen Zahlen verdursten oder von schlechtem Wasser herrührende langwierige Krankheiten erleiden müssen.

Latent konflikträchtige Vorgänge im Wassermanagement

Im modernen Wassermanagement ragen spektakuläre Projekte heraus, die die Verteilung von leicht zugänglichen Wasservorräten im großen Stile korrigieren sollen. An erster Stelle ist sicherlich Muammar Ghaddafis »Großer Fluß von Menschenhand« zu nennen, ein gewaltiges Vorhaben, dessen erste Ausbaustufe im wasserarmen Libyen vor vier Jahren in Betrieb genommen wurde.

Es handelt sich um ein 750 Kilometer langes Pipelinesystem mit einem Rohrdurchmesser von 4 Metern, das Süßwasser aus fossilen Vorräten im Süden des Landes in den besiedelten Norden befördert. Das System besteht aus 1800 Kilometern unterirdischer Kanalisation, Auffangbecken, Verteilerstellen, Gräben und Steuereinrichtungen. Von den beiden Förderfeldern in der Sahara sollen täglich je 1 Million Kubikmeter Wasser abgeführt werden, 750 Millionen Kubikmeter im Jahr. Energetisch beeindruckend bleibt, daß das Wasser ohne Pumpleistung lediglich der Schwerkraft folgend aus den gegenüber den Verbrauchern in der Küstenregion höhergelegenen unterirdischen Reservoirs bewegt wird. 86% dieser Wassermengen sollen für Bewässerungsprojekte eingesetzt werden.

Entwicklungspolitisch, so sollte man meinen, ein Paradeprojekt. Ironischerweise wird es trotz des amerikanischen Embargos wesentlich von US-Firmen ausgeführt (Brown & Root, Houston; Price Brothers, Ohio). Als Gesamtkosten werden 21 bis 25 Mrd. Dollar angegeben. Gary Gardner vom World Watch Institute wertet das Projekt jedoch als »Idiotie«, hält es für »kurzsichtig und verantwortungslos«: durch die starke Ausweitung der Landwirtschaft würde in dem mit fünf Millionen Menschen dünnbesiedelten Libyen die Anwerbung von zusätzlich zwei Millionen ausländischer Arbeitskräfte erforderlich. Das erbringe nicht nur voraussehbare soziale Verwerfungen, sondern führe zudem dazu, »daß die Ausbeutung auch noch durch die Ausländer beschleunigt (werde), die die Nachfrage nach Lebensmitteln und damit auch nach Wasser unweigerlich in die Höhe treiben.« Ferner werde das unterirdische Reservoir unter der Sahara in begrenzter Zeit erschöpft sein, was gewaltige Anpassungsprobleme und erneut voraussehbare soziale Konflikte erzeuge. Gardner befindet allgemein,

daß die Erschließung solcher unterirdischen Wasservorräte »widersinnig« sei, und fordert, »den überzogenen Traum, die Wüste durch intensive Bewässerung zum Blühen zu bringen, endlich aufzugeben« (Alle Zitate in diesem Absatz nach: Hofbauer 1995, 13).

In einer ähnlichen Richtung wie das World Watch Institute kritisiert Greenpeace Großprojekte, die unerschlossene Wasserreservoirs nutzen sollen. Das Projekt des saudischen Prinzen Mohammed el Faisal al Saud, Eisberge (sie binden etwa 80 Prozent der Süßwasservorräte der Erde) aus der Polregion in Küstenstaaten mit Wassermangel abzuschleppen, bezeichnet ein Autor von Greenpeace als einen von »fünf blödesten Versuche(n), die Welt zu retten« (nach: Hofbauer 1995, 13). Der saudische Prinz hatte 1977 eigens eine Firma Iceberg Transport International gegründet. Sein Land zog es allerdings vor, vorerst wie Libyen fossile Wasservorräte zu erschließen.

Bedenklich stimmen auch nicht-technische Vorschläge, wie der Wassermangel zu steuern sei. Als ökonomischer Hebel kommt vor allem der Preis von Wasser in Betracht. Der für »Environmentally Sustainable Development« zuständige Vizepräsident der Weltbank, Ismail Seragelding, lobt beispielsweise Maßnahmen wie die drastische Anhebung des Wasserpreises für Privathaushalte (Water Quarterly International 1995, 4). Das dürfte aber soziale Spannungen scharf anheizen - nicht einmal mehr Wasser können sich dann die Ärmsten der Armen leisten.

Nach Einstufung der Welternährungsorganisation FAO gelten derzeit insgesamt 20 Mitgliedsstaaten der UN als wasserarm. Es wird prognostiziert, daß diese Anzahl zunehmen wird. Für 15 bis 20 Länder des nördlichen und südlichen Afrika wird im Zeitraum der nächsten drei Jahrzehnte mit gravierenden Problemen der Wasserversorgung gerechnet - eine Mindestversorgung wird nicht mehr erreicht. Wie dieses Problem politisch gehandhabt werden kann, wenn keine Prävention stattfindet, ist derzeit völlig offen.

Wegen der extrem asymmetrischen Machtverteilung wird eine Anzahl von Wasserverteilungskonflikten im Trikont als nicht zur Gewalteskalation führend bewertet: Staudamm- und Flußregulierungsprojekte in verschiedenen asiatischen Staaten, etwa Bangladesch, sowie in Afrika, aber auch Konflikte um Wasser in Indianerreservaten im Südwesten der USA gehören in diese Kategorie.

Sich abzeichnende zwischenstaatliche Konflikte

Im Vordergrund der Aufmerksamkeit der Analytiker stehen sich abzeichnende gravierende internationale Konflikte, zuvörderst um die Nutzung von Flußwasser. »Wasserschlachten« drohen besonders in der von militärischer Konfliktaustragung gekennzeichneten Region Nahost.

»Mit dem Wasser ist es wie mit dem Öl«, läßt sich der türkische Präsident Süleyman Demirel zitieren: »Wer an seiner Quelle sitzt, hat ein Recht darauf, das ihm niemand streitig machen kann« (nach: SteLi 1995). Zwischen sogenannten Ober- und Unterliegern von Flußläufen gibt es traditionell Interessengegensätze und Spannungen wegen der Irrigation von Teilmengen von Flußwasser für Bewässerungsprojekte oder wegen des Aufstaus von Strömen zur Energiegewinnung. Diese alten Gegensätze werden zu scharfen politischen Spannungen aufgeladen durch die Art Großprojekte, welche eine auf Wirtschaftswachstum fixierte Entwicklungspolitik in neuerer Zeit favorisiert hat. Neben Staudammsystemen (der Begriff ist berechtigt) ist vor allem Intensivst-Landwirtschaft anzuführen, wie das Fallbeispiel Nahost demonstriert. In ihrer Wirkung reichen sie an die phantastischsten Wasserprojekte überhaupt heran, die als »Stalinsche Großbauten des Kommunismus« konzipierte Umlenkung des Nordlaufs der sibirischen Ströme nach Süden.

Es bilden sich - neben Libyen - drei Konfliktzonen heraus, aufgeführt in der Rangfolge der Schärfe der Gegensätze und ihres Austrags:

- Der Jordan, mit seinen Zuflüssen. Diese »drainage area« umfaßt politisch Syrien, Jordanien, Libanon und Israel - die Krisenregion der Nachkriegszeit, mit drei Kriegen gekennzeichnet durch die größte Kriegshäufigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg überhaupt²;
- Mesopotamien, die Euphrat- und Tigris-Region, durch die Osttürkei, Syrien und den Irak politisch repräsentiert (in der Kriegshäufigkeit zugleich an zweiter Stelle stehend);
- das Nilbecken, im Flußverlauf durch die Staaten Uganda, Äthiopien, Sudan und Ägypten gekennzeichnet (eine gleichfalls durch Kriegsgeschehen aufgefallene Region).

Ergebnis ist, daß der sich herausbildende Ressourcenkonflikt um Wasser in Regionen kulminiert, die in der Nachkriegszeit bisher schon eine relative Kriegshäufigkeit zeigten. Auch das Phänomen des Ressourcenkrieges ist hier nicht neu: beide Golfkriege (Iran/Irak 1980-88, Irak/Kuweit 1990-91) gingen im materiellen Kern um Öl.

Äußerungen, daß Interessengegensätze bezüglich der Wasserversorgung militärisch eskalieren dürften, lassen sich zuhauf anführen. Schon 1984 ergab eine Studie für die US-Defense Intelligence Agency (die militärische Aufklärung der Streitkräfte, zu unterscheiden von der CIA), daß sich in Nahost ein »Kampf um Wasser« abzeichne. Stephan Libiszewski beginnt sein Papier mit der Feststellung: »Seit Mitte der achtziger Jahre ist viel

2 Diese Aussage bedarf der Qualifizierung: In Indochina hat es mit dem Vietnamkrieg und dem Bürgerkrieg in Kambodscha eine parallel lange, aber in der Häufigkeit leicht mindere Folge von Kriegen gegeben.

über das Thema anstehender 'Wasserkriege' im Nahen Osten geschrieben worden« (Libiszewski 1995, 1). Das »Center for Strategic and International Studies« in Washington (dem Pentagon nahestehend) bilanzierte 1990: »Ein bedrohlicher Mangel an Wasser treibt den Nahen Osten an den Rand einer großen Krise.« Und Peter Barth befindet in seiner umfassenden Studie:

»Der nächste Krieg im nahen Osten, sollte er durch die anzweifelbare Vernunft von Politikern nicht verhindert werden können, wird zwangsläufig um Wasser geführt werden: um die Wasser von Euphrat, Tigris, Jordan oder Nil« (Barth 1992, 92).

Konfliktbeispiel Israel und die besetzten Gebiete

In Israel und in den von Israel besetzten Gebieten ist eine deutliche Erschöpfung der Wasserressourcen zu verzeichnen. Dies gilt vor allem für die Grundwasserbestände in der Küstenebene, der Kernregion des Staates Israel. Infolge der Übernutzung sinkt der Grundwasserspiegel, und es wird befürchtet, daß Salzwasser aus dem Meer nachsickert. Der nunmehr von der PLO verwaltete Gaza-Streifen gilt durch seine Nähe zum Meer und seine Überbevölkerung mit Flüchtlingen als besonders gefährdet (bei 20% der wasserführenden Bodenschichten wurden Salz- und Nitratbelastungen gemessen). Schiffler gibt nach einer sorgfältigen Quellendurchsicht an, daß »etwa 45% des gegenwärtigen israelischen Wasserverbrauchs aus Quellen stammen, die außerhalb der Grenzen Israels liegen« (Schiffler 1995, 13, bes. Fußnote 1).

Wasser ist die entscheidende strategische Ressource für die Reproduktion der israelischen Gesellschaft. Der Verbrauch lag 1980 noch bei 96% der erneuerbaren Wasserbestände des Staatsterritoriums (einschließlich besetzter Gebiete). Infolge der Einwanderungspolitik der Regierung lag die (Über-)Nutzungsrate der Wasserreserven 1986 bei 112% und stieg 1992 auf 115%. Weitere Steigerungen werden prognostiziert.

So hat die Politik des Landes fast zwangsläufig den israelischen Zugriff auf Grund- und Flußwasser in der Region zu verstärken versucht. Die »Sicherheitszone« Israels im Süden des Libanons wurde mit ihrem bizarren Verlauf gewiß nicht zufällig so bemessen, daß der ansonsten von den Arabern nicht sonderlich genutzte Mittelmeereszufluß Litani als Wasserquelle angezapft werden könnte. Mit einer solchen Aussage betritt man sofort politisch vermintes Gelände - was nur die Bedeutung des gesamten Arguments erneut unterstreicht. Arnold Hottinger, der renommierte Nahost-Experte der Neuen Zürcher Zeitung, berichtet, daß die UNO-Truppe UNIFIL die israelischen Aktionen am Litani beobachtete, und kommt zu dem Ergebnis: »Aus den öffentlichen Aussagen der UNIFIL-Offiziere

scheint hervorzugehen, daß die Israelis bis heute keine größeren Pumpaktionen ins Werk gesetzt haben« (Hottinger 1992, 13). Allerdings hat die israelische Regierung in wachsendem Maße Wasser aus der besetzten West Bank entnommen und dem »National Water Carrier«, der zentralen israelischen Wasserversorgung, zugeführt. Nach arabischen Angaben entstammen von den zwei Milliarden Kubikkilometern Wasser, die die israelische Wasserbehörde »Mekorot« pro Jahr verteilt, zwei Drittel der Drainage aus Gebieten, die außerhalb des Staatsgebiets von 1948 liegen. Eine herausragende Rolle spielt dabei der Norden mit den Golan-Höhen, vormals syrischem Territorium. Es liegt nahe, die genannten Gebiete mit der aktuellen Sicherheitspolitik Israels direkt in Verbindung zu bringen. Die Golan-Höhen möchte die israelische Politik beim »Land for Peace«-Programm besonders ungern hergeben (wobei die Medien den wenig überzeugenden Gesichtspunkt der Beherrschung der Hänge durch weitreichende Artillerie unterstreichen), während die Problemzone Gaza zügig der PLO zugestanden wurde.

Die Militärgesetzgebung in der West Bank spiegelt die Wasserpolitik genau wider. »Mekorot« verbietet über diese den Palästinensern die Anlage von Brunnen mit mehr als 60 Metern Tiefe, während benachbarte israelische Siedler bis zu 1500 Metern tief bohren, um genügend Grundwasser einzufangen. So gelingt es den Israelis, vier Fünftel der Grundwasservorräte in den besetzten Gebieten auf die Felder ihrer Staatsangehörigen und in die israelischen Reservoirs zu lenken. »Mekorot« nutzt nämlich die West Bank zur Aufstockung der Wasserbestände des israelischen Kernlandes zu 40%. Ferner wird arabischen Äußerungen zufolge ein Teil des Grundwassers aus dem Aquifer östlich der Nord-Süd-Wasserscheide angezapft. Eine Konstellation, die dem Konfliktforscher nur zu gut bekannt ist: streitig sind nicht nur objektiv festmachbare Tatbestände wie die konsequente Wassernutzung durch die Israelis in den besetzten Gebieten zugunsten des gesamten Staates. Behauptungen über das Anzapfen von Wasserressourcen, die gar nicht unter israelischem Hoheitsgebiet liegen - sie mögen zutreffen oder auch nicht - heizen den Disput zusätzlich an. Solche Tatbestände erhellen auch, warum die Palästinenser in der »Intifada« so hartnäckig Widerstand leisteten. Im landwirtschaftlichen Alltag, beim Kampf um Wasser hatten sie ihre Diskriminierung vielfach erkennen müssen.

Der Wasserpreis wird in Israel gleichfalls genutzt, um durch Differentiale Staatsangehörige zu begünstigen, und palästinensische Einwohner zu benachteiligen. Der Kubikmeter Wasser kostet einen Palästinenser umgerechnet DM 2,80, den israelischen Siedler am gleichen Ort hingegen nur die Hälfte (die an Rückhalt verlierenden Kibbuzim bezahlen sogar nur einen symbolischen Preis von 0,12 DM, weit unter den Gestehungskosten von »Mekorot«, siehe Barth 1993, Schiffler 1995, 15).

Andererseits gibt es auch Möglichkeiten zu friedlichen Regelungen der israelischen Wasserversorgung. Aus der wasserreichen Türkei beispielsweise bezieht Israel derzeit Wasser per Tanker. Eine israelische Firma hat riesige Plastiksäcke konzipiert, sogenannte »Medusa«-Säcke, mit einem Aufnahmevermögen von je 1,6 Millionen Kubikmetern Wasser, die von Hochseeschleppern zur israelischen Küste gezogen werden sollen.

Es wäre wesentlich preisgünstiger, wenn die Israelis durch das derzeit mit ihnen noch verfeindete Syrien eine Pipeline zur Türkei bauen könnten - was ein nichtfeindliches Verhältnis zwischen Syrien und Israel voraussetzt. Es gibt detaillierte Ausarbeitungen zur Neugestaltung der Wasserversorgung des Nahen Ostens über ein Pipeline-System, welches die südostanatolischen Flüsse Seyhan und Ceyhan nutzt. Die Voraussetzung freilich ist ein kooperatives Verhalten der Staaten in der Region - und diese Voraussetzung ist nach wie vor nicht hinreichend erfüllt.

Aber auch mit um Ausgleich bemühten Nachbarn wie Jordanien gibt es ernsthafte Konflikte. Der Wasserzufluß des Jordan ins Tote Meer beträgt, hauptsächlich aufgrund der israelischen Entnahmen, derzeit jährlich nur noch 0,2 Milliarden Kubikmeter, statt wie vor dreißig Jahren 1,2 Milliarden Kubikmeter. In der gleichen Phase sank der Wasserspiegel des Jordan um 16 Meter (diese eindrucksvolle Zahl wird verschiedentlich genannt, etwa bei Barth 1993 oder bei Schiffler 1995, 13).

Im jordanisch-israelischen Wasserkonflikt vermittelten die USA erfolgreich. Dennoch sprengten israelische Kommandos wiederholt Bauten an Stichkanälen wie dem jordanischen East-Ghor-Kanal oder verhinderten Bauarbeiten zur Entschlammung am Kanaleinlaß. Die Konfrontation bleibt sozusagen mit Händen zu greifen, auch wenn sie vorerst nicht kriegerisch ausgetragen wird. König Hussein erklärte 1990, daß der Wasserstreit das einzige Problem sei, das ihn erneut zum Krieg mit Israel veranlassen könnte.

Hervorgehoben werden soll, daß es in Israel erheblichen innenpolitischen Streit um die Wasserpolitik und ihre Folgen für die Sicherheit des Landes gibt. Der Rechnungshof des Landes legte 1991 einen Bericht vor, mit dem der Tatbestand heftig kritisiert wird, daß die Intensivlandwirtschaft 75% der Wasserversorgung beanspruche. Der Rechnungshof spricht von »25 Jahren staatlicher Mißwirtschaft« und kommt zu dem Schluß: »Es ist eine menschengemachte Krise, die mit natürlichen Ursachen nichts zu tun hat.«

Beobachtungen zur Eskalation von Wasserkonflikten

Im Sommer 1995 wurde in Spanien für sechs Millionen Menschen das Wasser rationiert. Wasserdiebe plünderten nachts Schwimmbäder, an öffentlichen Brunnen kam es zu Schlägereien. Hassan II., König von Marok-

ko, stiftete gelegentlich sein Gehalt für ein Spendenkonto zur Verbesserung der Wasserversorgung in seinem Lande. Für Konfliktforscher Alarmzeichen.

Wegen des Indus ist es fast zum Krieg gekommen. Der Konflikt setzte ein, als der Subkontinent Indien 1947 geteilt wurde. Ein Teil der politisch festgesetzten Grenze zwischen den neuen Staaten Pakistan und Indien verlief durch den Indus und zerteilte nunmehr das größte in sich zusammenhängende, historisch gewachsene Bewässerungsnetz der Erde (Umfang 150.000 Quadratkilometer). Unterschiedliche nationale Prioritäten führten in den offenen Konflikt: 1948 erhob die indische Provinz East Punjab, um eine rationale Wasserpolitik umsetzen zu können, den Anspruch auf Vorrang in der Prioritätensetzung für das Gesamtbewässerungssystem, und unterbrach den Zulauf zu zwei großen Kanälen, die auf pakistanisches Gebiet führten. Dieser Schritt löste einen Konflikt aus, der an den Rand des Krieges führte.

Verhandlungen, die sich über acht Jahre hinstreckten, erbrachten keine Lösung. Da schaltete sich ein überlegener Akteur ein: die Weltbank. Diese finanzierte nicht nur die großen Irrigationsprojekte beider Staaten in der Region und verfügte mithin über eine Vetomacht in bezug auf weitere Schritte; die Weltbank war auch in der Lage, positive Prämien für eine gütliche Einigung auszusetzen. Die seither tätige ständige Kommission hat bis heute Bestand (was die Virulenz des Konfliktes anzeigt). Eine optimale, nämlich kooperative, Nutzung der Wasserressourcen durch beide Staaten ist der Weltbank allerdings nicht gelungen. Erreicht hat sie aber, daß die politische Absicht zum Krieg leer lief.

Gegenmaßnahmen

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß internationales Wassermanagement Aufgabe von Zentralregierungen bleibt, mithin im Arkanum »hoher« Politik ressortiert. Es ist politisch mit den vorfindlichen Mitteln handhabbar. Als beispielsweise 1991 in Madrid die Nahost-Friedenskonferenz eröffnet wurde, welche den israelischen Kompromiß mit der PLO festschrieb, war eine spezielle Wasserkonferenz gewichtiger Teil dieser Lösung. Die folgenden Konferenzen 1992/93, für die Medien augenscheinlich nicht spektakulär genug, führten neben Konzepten zur gerechten Wasserverteilung zu einem Pilotprojekt zur Wasserentsalzung im Gazastreifen, finanziert von Israel, und zu zwei weiteren Entsalzungsprojekten in Jordanien, für die die japanische Regierung die Finanzierung übernimmt.

Im sozialwissenschaftlichen Diskurs bürgert sich der Begriff »Wassermanagement« ein, worunter Schiffler versteht:

»Eine Kunst, Angebot an und Nachfrage nach Wasser zu den geringstmöglichen ökonomischen und ökologischen Kosten in Übereinstimmung zu bringen. Wassermanagement kann durch eine Ausweitung des Wasserangebots oder durch eine Senkung der Wassernachfrage erfolgen« (Schiffler 1995, 16).³

Am Beispiel von Wasser wird hier sichtbar, wie ökologische Anforderungen auf Politik durchschlagen. Denn diese Definition insinuiert, daß der Ausgleichsprozeß politisch, und nicht vorrangig ökonomisch organisiert wird. Die internationale Politik steht vor der Frage, wie sie mit den neuartigen Herausforderungen, die sich aus der Aufgabe einer nachhaltigen Erhaltung der Umwelt ergeben, intelligent umgeht. Versagt die internationale Politik, wird es Krieg geben.

In der Literatur findet sich eine Anzahl von Vorschlägen für die »intelligente« Lösung. Im Vordergrund steht die Bildung neuer supranationaler Institutionen. John Kolars von der Universität von Michigan hat ein internationales Informationszentrum vorgeschlagen, denn im Nahen Osten würden noch zu viele und zu ungenaue Daten über Wasservorräte und -verbrauch kursieren. Der Austausch von Daten bildete seinerzeit einen entscheidenden Faktor im europäischen Rüstungskontrollprozeß, welcher dann in den Wiener Vertrag zur Rüstungsminderung von 1990 mündete. Ähnliches wäre im Ressourcenstreit um Wasser machbar.

Grundsätzlich ginge es, sollen Kriege um Wasser vermieden werden, um:

- Eine neue Wasserpolitik, regional und global, die über bloßes Management hinaus als nachhaltige Ressourcenpolitik akzeptierbar wäre;
- UN-Programme wie die »Dekade des Wassers« (die achtziger Jahre, sie überschneidet sich mit der Frauendekade), zur weltweiten Etablierung und Abstützung einer solchen Wasserpolitik;
- Völkerrechtliche Innovationen: Ersatz des »Prinzips der absoluten Souveränität« (»Harmon-Doktrin«, welche beispielsweise den Flußquellen näher liegende Länder sog. Oberlieger wie die Türkei begünstigt) und des konfliktierenden Prinzips der »absoluten Integrität« (Untertlieger haben ein Vetorecht, etwa der Irak und Syrien gegenüber türkischen Dammprojekten).

Es wird sichtbar, daß die aktuelle Debatte über Globalisierung sowie das Erfordernis, von der Absolutheit staatlicher Souveränität abzugehen, auch aus ökologischen Gründen, und hier sehr wirksam, Auftrieb erfährt. Im Streit um Wasser suchen die Planer derzeit nach Kompromißformeln wie einer »Doktrin der beschränkten Souveränität« in diesem Bereich. Anzuführen ist hier die sogenannte »Salzburger Resolution« von 1961, mit der

3 Schiffler führt ferner - weniger überzeugend - den Begriff der »Wasserdiplomatie« ein, gefaßt als »Kunst der gerechten Aufteilung grenzüberschreitender Wasserressourcen« (Schiffler 1995, 14). Die normative Aufladung (»gerechte Aufteilung«) sowie der analytischfeindliche Terminus »Kunst« machen dieses Konzept kaum nutzbar.

die gewissenhafte Abwägung sämtlicher Eingriffe in eine »hydrographische Einheit« als allgemeines Prinzip der Staatenpraxis eingefordert wurde. Die einflußreiche International Law Association hat nunmehr mit ihrem Vorschlag, den sogenannten »Helsinki-Rules«, eine »equitable apportionment and utilization doctrine« für Wasser völkerrechtlich zu bilden, einen weiteren Pflock auf dem Weg zu einer kriegsvermeidenden internationalen Wasserpolitik eingeschlagen.

Das sind, im historischen Vergleich, Vorläufe (wie sie sich auch zur Bildung solcher Einrichtungen wie der Vereinten Nationen einfach aufzeigen lassen). Diese Vorläufe zeigen Pilotprojekte an: so oder ähnlich müßte die Bildung internationaler Institutionen aussehen, um drohende Konflikte zu entschärfen. Die internationale Gemeinschaft hat dann recht oft die Vorschläge solcher an sich unlegitimierter Akteure wie der International Law Association aufgegriffen. Bemerkenswerterweise steht international eher mehr Regulation als etwa Deregulation auf der Agenda.

Literatur

- Albrecht, Ulrich (1983): Wetter-Rüsten, in: *Natur*, Nr.8 (August), S.50-59, 102.
 Bank man backs free market for water in developing countries«, in: *Water Quality International* 1995, No.1, S.4.
 Barth, Peter (1993): *Krieg um Wasser? Wasserkonflikte im Nahen und Mittleren Osten*, Starnberg (EUCIS).
 Hofbauer, Andreas (1995): Wer gräbt wem das Wasser ab? in: *Novo* (Frankfurt), Nr. 18 (September/Okttober), S.11-13.
 Hottinger, Arnold (1992): Wasser als Konfliktstoff. Eine Existenzfrage für Staaten des Nahen Ostens, in: *Europa-Archiv* 6.
 Libiszewski, Stephan (1995): *Water Disputes in the Jordan Basin Region and their Role in the Resolution of the Arab-Israeli Conflict*, Bern (Schweizerische Friedensstiftung)/Zürich (Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH Zürich), Occasional Paper No.13.
 Schiffler, Manuel (1995): Konflikte um Wasser - ein Fallstrick für den Friedensprozeß im Nahen Osten?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenschrift Das Parlament*, B 11/95 v. 10. März.
 SteLi, »Konfliktstoff Wasser«, in: *Europäische Sicherheit*, Nr.1/1996.
 Wasser. *Eine globale Herausforderung*. Mit Beiträgen u.a. von Toni Hagen, Tom Koenigs, Franz Alt, Bad Honnef (Horlemann) 1995.